

AKTUELLE FORDERUNGEN

Pressestelle
Tel.: 030 / 28 87 99 93
Fax: 030 / 28 87 99 55
E-Mail: wohnungsbau@presse-themen.de

ANREIZE GESTALTEN UND FÖRDERN STATT KAPUTT SPAREN

Verbände der Bau- und Wohnungswirtschaft, der Deutsche Mieterbund und die IG BAU setzen sich für neue Anreize zur Förderung des Wohnungsbaus ein.

Berlin, 23. März 2011:

Wohnen ist und bleibt ein Grundbedürfnis für die Menschen! Aber in den Ballungszentren und Zuzugsregionen wird seit Jahren zu wenig neu gebaut. Erkennbare Folge ist ein Wohnungsmangels in den Metropolregionen und ein spürbarer Anstieg der Kaltmieten.

In der energetischen Verbesserung des gesamten Wohnungsbestandes liegt das größte Potenzial zur Energieeinsparung und damit zur Erreichung der politisch gesetzten Klimaschutzziele. Aber statt mit geeigneten Fördermaßnahmen eine Verdopplung der Sanierungsrate im Gebäudebestand anzustoßen, werden die Etats für die sehr erfolgreichen Gebäudesanierungsprogramme im Bundeshaushalt mehr als halbiert. Auch der in einigen Fällen wirtschaftlich sehr sinnvolle Ersatzneubau ist noch nicht im Fokus der Förderpolitik.

Bei der anstehenden demografischen Entwicklung fehlt es zunehmend und flächendeckend an altersgerechtem Wohnraum. Aber gezielte Anreize zur energetischen und altersgerechten Umgestaltung von Wohnraum sind bisher nicht gesetzt.

Unterstellt man die gleichen Relationen der Betreuung älterer Menschen wie heute und gelingt es nicht, in den kommenden 10 Jahren den Anteil seniorengerechter Wohnungen mit der Zielsetzung zu erhöhen, älteren Menschen ein längeres, selbstbestimmtes Wohnen in den eigenen vier Wänden zu ermöglichen, wird es immer schwerer werden, die guten sozialen Sicherungssysteme im Bereich der Renten- und Pflegeversicherung angesichts der vor uns stehenden demografischen Entwicklung zu halten. Dabei kann Wohneigentum einen wesentlichen Beitrag zur Altersvorsorge und ausreichend vorhandener altersgerechter Wohnraum durch längeres selbstständiges Wohnen in den eigenen vier Wänden einen spürbaren Beitrag zur Entlastung der Pflegeversicherung leisten. Gezielte Anreize, die zur Bildung von mehr Wohneigentum sowie zur Schaffung von mehr altersgerechten Wohnraum und Wohnformen führen, fehlen jedoch immer noch.



Daher verweisen die in der Aktion „Impulse für den Wohnungsbau“ zusammengeschlossenen Verbände, der Deutsche Mieterbund sowie die IG Bauen-Agrar-Umwelt erneut auf die Herausforderungen Klimaschutz und demografischer Wandel, die ohne entschiedene Weichenstellungen in der Wohnungsbaupolitik nicht gelöst werden können. Werden die gegenwärtigen Rahmenbedingungen fortgeschrieben oder sogar noch weiter verschlechtert, ist nach vorliegenden Studien bereits in einigen Jahren in weiten Teilen Deutschlands mit einer beträchtlichen Wohnraumlücke zu rechnen. Die Klimaschutzziele werden so nicht erreicht. Die Zukunftsfähigkeit der sozialen Sicherungssysteme wird durch schlechte Rahmenbedingungen in der Wohnungsbaupolitik gefährdet. Mit zunehmenden sozialen Spannungen, zunächst in den Ballungszentren wird Wohnen zu einem politischen Schwerpunktthema. Das zeigte sich schon jetzt bei Landtagswahlen.

Die Verbände der Bau- und Wohnungswirtschaft sowie der Deutsche Mieterbund und die IG BAU setzen sich daher für nachfolgende Gestaltungsvorschläge ein, die neue Impulse für den Wohnungsbau in Deutschland setzen werden:

1. Verbesserung der steuerlichen Anreize für den Wohnungsbau

- Verdopplung der linearen Absetzung für Abnutzung (AfA) von bisher 2 auf 4 Prozent. Die Verdopplung der linearen Absetzung für Abschreibungen in Höhe von 4 Prozent führt zur angemessenen Abbildung des Werteverzehrs einer Immobilie.
- Einführung einer erhöhten AfA in Höhe von 8 Prozent in den ersten 8 Jahren bei energetischen und altersgerechten Baumaßnahmen im Neubau und Bestand oder Gewährung einer alternativ gleichwertigen Investitionszulage.
- Einführung einer Abschreibung für selbstgenutztes Wohneigentum analog § 82a EStDV

2. Verbesserte Rahmenbedingungen für energetisches Sanieren und Ersatzneubau

- Erhöhung der für die KfW-Programme "Energieeffizientes Bauen" und "Energieeffizientes Sanieren" zur Verfügung stehenden Mittel auf mindestens 2 Milliarden Euro pro Jahr ab 2012

- Längerfristige Verstetigung der für die KfW-Programme "Energieeffizientes Bauen" und "Energieeffizientes Sanieren" zur Verfügung stehenden Mittel, zumindest über die Dauer der laufenden Legislaturperiode als Planungsgrundlage
- Einführung neuer Förderkriterien für den Ersatzneubau

3. Verbesserte Rahmenbedingungen zum altersgerechten Bauen

- Erhöhung, zumindest aber Verstetigung der für das KfW-Programm „Altersgerecht Umbauen“ zur Verfügung stehenden Mittel von 100 Mio. Euro über mehrere Jahre
- Uneingeschränkte Beibehaltung der Wahlfreiheit zwischen Zinsvergünstigungen von Krediten oder direkten Zuschusszahlungen für Selbstnutzer.

Die an der Aktion "Impulse für den Wohnungsbau" beteiligten Verbände und Institutionen gehen davon aus, dass eine Erhöhung der AfA einen deutlichen Anreiz für mehr Wohnungsbau setzt. Dabei belegen die Berechnungen verschiedener Institute, dass die „Kosten“ erhöhter Abschreibungssätze bei weitem durch zusätzliche Steuereinnahmen aus der zunehmenden Bautätigkeit kompensiert werden. Die Verbände der Bau- und Wohnungswirtschaft sowie der Deutsche Mieterbund und die IG BAU erwarten, dass mit der Verstetigung der KfW-Programme auf einem Niveau von mindestens 2 Milliarden Euro pro Jahr ein großer Schritt zum Erreichen der Klimaschutzziele der Bundesregierung getan werden kann. Nicht minder wichtig ist eine Aufstockung der Mittel für die Schaffung von altersgerechten Wohnraum. Ebenso wichtig wie die Erhöhung der Haushaltsmittel für die KfW-Förderung ist deren langfristige Verstetigung als Grundlage sicherer Investitionsplanungen.

Neben der Erhöhung und Verstetigung der Etatpositionen zur KfW-Förderung werden insbesondere verbesserte steuerliche Anreize für Investitionen in den Wohnungsbau auf der ökonomischen Seite mit einem spürbaren Anschlag für die Bau- und Binnenkonjunktur sowie die Schaffung neuer Arbeitsplätze verbunden sein.

Verbände der Kampagne Impulse für den Wohnungsbau:

Bundesverband Deutscher Baustoff-Fachhandel e.V.
Bundesverband Freier Immobilien- und Wohnungsunternehmen e.V.
Deutsche Gesellschaft für Mauerwerks- und Wohnungsbau e.V.
Deutscher Mieterbund e.V.
IG Bauen-Agrar-Umwelt
Zentralverband des Deutschen Baugewerbes